

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 25 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

45. Jahrgang.

Nr 145.

Donnerstag, den 8. Dezember

1898.

Kirchenvorstandswahl Schönheide.

Auf Grund der Kirchenvorstands- und Synodalordnung haben Ende dieses Jahres aus dem Kirchenvorstand auszuscheiden:

Herrn Fabrikant **Franz Ludwig Baumann**,
Obermeister **Karl Berger**,
Buchbindermeister **Oswald Rödger**,
Materialverwalter **Adolf Pilz**, Schönheiderhammer,
Gemeindevorstand **Gustav Adolf Hochmuth**, Neuheide.

Die Ausscheidenden sind wieder wählbar.

Ferner ist für Schönheide an Stelle des vor verzoogenen Herrn Schuldirektor **Tittel** und für Schönheiderhammer an Stelle des verstorbenen Herrn Gemeindevorstandes **Karl Eduard Poller** je ein Mitglied zu wählen.

Es haben also für Schönheide 4,
„ Schönheiderhammer 2,
„ Neuheide 1

Neuwahlen zu erfolgen.

Stimmberechtigt sind alle selbstständigen ev. luth. Hausväter, welche das 25. Lebensjahr erfüllt haben, sie seien verheirathet oder nicht, mit Ausnahme solcher, welche durch Berachtung des Wortes Gottes oder unehrbaren Lebenswandel öffentliches Aergerniß ge-

geben haben oder von der Stimmberechtigung bei Wahlen der politischen Gemeinde ausgeschlossen sind.

Wählbar sind nur stimmberechtigte Gemeindeglieder von gutem Ruf, bewährtem christlichen Sinn, kirchlicher Einsicht und Erfahrung, welche das 30. Jahr vollendet haben.

Es werden alle Stimmberechtigten hierdurch aufgefordert, sich spätestens bis zum

12. Dezember h. a.

zur Eintragung in die Wahllisten zu melden.

Die Anmeldung kann mündlich oder schriftlich erfolgen unter Angabe des Namens, des Standes, des Alters und der Wohnung und zwar für Schönheide im Pfarramt während der Amtsstunden, für Schönheiderhammer bei Herrn Gemeindevorstand **Emil Poller** und für Neuheide bei Herrn Gemeindevorstand **Hochmuth**.

Nur diejenigen Stimmberechtigten dürfen sich an der Wahl betheiligen, die sich zur Theilnahme an der Wahl angemeldet haben.

Die Wahl soll am

IV. Sonntag des Adventes, am 18. Dezember h. a.

in der Sakristei nach dem Hauptgottesdienst bis 12 Uhr stattfinden.

Der Herr möge diese Wahl zum Segen der Kirche gereichen lassen!

Schönheide, am 3. Dezember 1898.

Der Kirchenvorstand.

Sartenstein, Pfarrer.

Die Seemacht und die Zukunft der Kulturvölker.

Als vor Jahresfrist auf die stetig wachsende Bedeutung der Seemacht für die Geschichte der Kulturvölker hingewiesen wurde, fanden sich selbst innerhalb der gebildeten Kreise noch Einige, die, wohl meist in Ueberschätzung ihrer parteipolitischen Zwecke, die Nothwendigkeit einer bedeutenden Verstärkung der Marine für Deutschland nicht erkennen wollten. Ob sie am Ende dieses Jahres auf diesem Standpunkte noch stehen oder ihre Uebersetzung mit anderen Gründen aufrecht erhalten, als durch die kleinmüthige Beschränkung, daß es nunmehr für Deutschland zu spät geworden sei, noch in die Reihe der achtungswerthen Seemächte einzutreten, muß fraglich erscheinen.

In seinem „Antritt des neuen Jahrhunderts“ tadelt Schiller Frankreichs und Englands Streben nach Land- und Handelsgewinn durch schroffen Mißbrauch ihrer Land- und Seestreitkräfte als widerrechtlich. Jetzt am Ende des Jahrhunderts sind es auch zwei Nationen, die diesmal beide im Gefühle ihrer Ueberlegenheit zur See die berechtigten Wünsche und Vorstellungen anderer Staaten mit dem Hinweis auf ihre Streitmacht beantworten. An Frankreichs Stelle ist dabei Nordamerika getreten, das das Gewicht seiner Seemacht zunächst Spanien gegenüber ebenso zur Geltung bringt, wie Drenaus einst das Gewicht seines Schwertes bei den Friedensverhandlungen mit dem überwundenen Rom. Als Staat weder angegriffen noch beleidigt, hat Nordamerika den Krieg mit Spanien begonnen, um sich dessen Antillenbesitz anzueignen, weil dieser nach dem Bau eines Kanals durch Mittelamerika sehr werthvoll werden muß. Spaniens Ohnmacht wurde dabei immer mehr offenbar, und nun hat Amerika sich auch des ostasiatischen Besitzes seines Gegners bemächtigt. Keine europäische Macht hat Spanien helfen können, denn Amerika war gegen europäische Einmischung durch Englands Seemacht gedeckt und konnte im Friedensvertrag Forderungen stellen, die in keiner Beziehung zu den angeblichen Kriegsgründen und in keinem Verhältnis zu den geringfügigen Verlusten Amerikas an Menschen und Material standen. Spanien muß Alles bewilligen, ohne daß ein Amerikaner in feindlicher Weise seinen Fuß auf europäisch-spanischen Boden gesetzt hätte.

Europas Kontinentalstaaten können dabei nur zuschauen und Betrachtungen über die Zukunft ihres eigenen Kolonialbesitzes und ihres Seehandels anstellen für den Fall, daß das Zusammenarbeiten Amerikas und Großbritanniens unter der Firma der gemeinsamen Interessen der angelsächsischen Rasse weiter fortgeführt werden sollte. Amerika, die nach Ansicht einiger deutscher Parteipolitiker harmlose Republik, entwickelt jetzt ein unheimliches Streben nach Land- und Handelsbesitz und baut eine Flotte aus Schlachtschiffen. Amerikas Eintritt als gewichtiger Faktor in die Weltpolitik eröffnet dem alten Europa mit seinen schon absterbenden Gliedern keine rosige Zukunft. Chamberlain sieht bereits eine Allianz Amerikas und Großbritanniens in den Bereich seiner Pläne.

Auf dieser Seite des Ozeans hielt Frankreich, nachdem es Gut und Blut genug in Afrika verausgabt hat, sich für berechtigt, an der Auftheilung ehemals ägyptischen, dann verloren gegangenen Besitzes durch die Bezeugung Faschodas teilzunehmen. England ist anderer Ansicht, rüstet keine Flotte, stellt das A-Referatgeschwader in Dienst, und das hergewartige Frankreich verzichtet. Englands Pochen auf seine Seeherrschaft bei berechtigten Wünschen anderer Staaten in Ostasien und Südafrika hat vorläufig noch zu keiner Krise geführt, doch wird die letztere schwerlich ausbleiben. Schärfer als es ein Flottenfreund noch im vorigen Jahre vermocht hätte, haben wohl die Ereignisse dieses Jahres die Macht des Besitzes einer großen Flotte und seine Nothwendigkeit für ein Volk bewiesen, das seine Zukunft noch nicht aufgegeben hat.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Thronrede, mit welcher der Kaiser am Dienstag im königlichen Schlosse zu Berlin den Reichstag eröffnete, kündigt zunächst eine Novelle zur Invaliditäts- und Altersversicherung an und eine Novelle zur Gewerbeordnung zwecks Ausdehnung des Schutzes der Gehilfen und Lehrlinge im Handelsgewerbe, sie kündigt ferner an einen Gesetzentwurf, welcher, ohne das Koalitionsrecht der Arbeiter anzutasten, dem gemeinschaftlichen Terrorismus begegnen soll, welcher Arbeitswillige an der Arbeit hindert, eine Vorlage betreffend die Reichsbahn, ferner einen Entwurf betreffend die Einführung von Schlachtoch und Fleischbeschau; ein Entwurf über Änderungen des Postgesetzes wird in umgearbeiteter Fassung dem Hause zugehen, derselbe betrifft u. A. die Entschädigung der durch Erweiterung des Postzwanges Geschädigten, Neuordnung des Postzeitungstarifs, Einführung des Ebederfahrens durch Vermittelung der Postanstalten zur Ausgleichung kleinerer Zahlungen. Die Reichseinnahmen zeigten eine stetig steigende Entwicklung. Neben den Mitteln für Aenderung der Seereorganisation sind reichliche Mittel für untere und mittlere Beamte vorgesehen, ebenso für die Förderung allgemeiner wirtschaftlicher Interessen, insbesondere in den Kolonien. Die Thronrede kündigt zwei Vorlagen, betreffend das Meerwesen an, wodurch die vorhandenen Verbände anderweitig gegliedert werden und im Interesse der Anforderungen der Technik die Organisation einzelner Waffengattungen vervollständigt wird. Die Änderungen sollen nur allmählich durchgeführt werden. Der Marinevorschlag, der im Flottengesetz vorgezeichnet ist, hält sich in dessen Rahmen. Die Beziehungen zum Auslande sind unverändert freundlich. Die Thronrede fährt fort: Ist das vornehmste Ziel meiner Politik, an meinem Theile beizutragen zur Aufrechterhaltung und immer größerer Festigung des Weltfriedens, so habe ich die hochherzige Anregung meines theuren Freundes, des Kaisers von Rußland, zum Zusammentritt der Konferenz freudig begrüßt, welche dem Frieden und der bestehenden Ordnung der Dinge zu dienen bestimmt ist. Ich gedenke mit tiefem Schmerze und Abscheu des schandwürdigen Verbrechens, das meinem treuen Bundesgenossen, dem Kaiser Franz Josef die erlauchte Gemahlin jäh entriß. Die rucklose That hat dem König von Italien die Verathung von wirksamen Maßregeln gegen die anarchistische Propaganda geboten erscheinen lassen. Die deutschen Kolonien befinden sich in gedeihlicher Entwicklung. In Kiautschou sind die ersten Schritte zur wirtschaftlichen Erschließung gethan, auch im übrigen fernem Osten wird die Regierung bestrebt sein, den Reichsangehörigen vollen Antheil an der Erschließung zu sichern. Der Kaiser gedenkt schließlich seines Aufenthaltes in Palästina, der Einweihung der Erlöskirche, der Erwerbung der Dormition, und spricht die Hoffnung aus, die Reise werde dem deutschen Namen und den deutschen nationalen Interessen zum bleibenden Vortheile und Segen gereichen. — Die Verlesung wurde zu wiederholten Malen durch Beifall unterbrochen, so zunächst an der Stelle, wo eine Vorlage zum Schutze Arbeitswilliger angekündigt wird, ferner dort, wo als das vornehmste Ziel der Politik die Aufrechterhaltung und immer größerer Festigung des Weltfriedens bezeichnet wird. Desgleichen wurde die Bezeugung warmer Theilnahme am Zusammentritt einer internationalen Konferenz mit Beifall begleitet sowie auch der Ausdruck der Zuversicht, daß daraus praktisch brauchbare Schlussfolgerungen entspringen würden. Gleichen Anklang fand die Betonung der wirtschaftlichen Erschließung des fernem Ostens für Deutschland und der persönlichen Kenntnismahme von der geachteten Stellung der im türkischen Reiche lebenden Reichsangehörigen sowie das Versprechen, die dem Kaiser verliehene Gewalt auch ferner für die ewigen Grundwahrheiten des Christenthums einzusetzen. Lebhafter Beifall folgte auch den Worten, in denen die Thronrede des Vortheils und Segens gedachte, der dem deutschen Namen und den deutschen nationalen Interessen aus der Reise des Kaisers

nach dem heiligen Lande erwachsen dürften. Die Stelle der Thronrede, die vom Schutze der Arbeitswilligen handelt, hob der Kaiser durch ganz besondere Betonung hervor und die Trauer um den Verlust der Kaiserin von Oesterreich kam deutlich in der sehr bewegten Stimme zum Ausdruck. — Hierauf trat der Reichskanzler vor, erklärte namens der verbündeten Regierungen den Reichstag für eröffnet und der bayerische Bundesvollmächtigte Graf Verchenfeld brachte das Schlusshoch auf Seine Majestät den Deutschen Kaiser aus.

— Berlin, 6. Dezbr. Dem Reichstag ging ein Gesetzentwurf zu, betreffend Änderungen des Reichsmilitär-Gesetzes vom 2. Mai 1874. Danach werden 2 oder 3 Regimenter zu einer Brigade, 2 oder 3 Brigaden Infanterie und Kavallerie unter Zuthellung der nöthigen Feldartillerieformationen zu einer Division vereinigt. Aus 2 bis 3 Divisionen mit den erforderlichen Jügarterie-, Pionier- und Trainformationen wird ein Armeekorps gebildet, verort, daß die gesammte Heeresmacht des Deutschen Reiches im Frieden aus 23 Armeekorps besteht. 3 Armeekorps werden von Bayern, 2 von Sachsen, 1 von Württemberg aufgestellt, während Preußen gemeinschaftlich mit den übrigen Staaten 17 Armeekorps formirt. Das Gebiet des Deutschen Reiches wird in militärischer Hinsicht in 22 Armeekorps-Bezirke eingetheilt. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1899 in Kraft und kommt in Bayern nach näherer Bestimmung des Bündnisvertrages vom 23. November 1870 und in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21.25. November 1870 zur Anwendung.

— Berlin, 6. Dezember. In der Begründung zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, wird betont, die Verhältnisse, welche vor 5 Jahren die Verstärkung der Armee nothwendig machten, hätten sich nicht geändert; nach wie vor sei Deutschland infolge seiner geographischen Lage bedroht. Die Rüstungen in den Nachbarstaaten seien auch in der Zwischenzeit planmäßig und mit großem Aufwande von Mitteln fortgesetzt worden. Zwar biete die Friedensumgebung des Kaisers von Rußland eine Gewähr dafür, daß derzeit ein Angriffskrieg von dieser Seite nicht beabsichtigt sei, aber eine Abrüstung sei nirgends erfolgt und sei auch unter den jetzigen Verhältnissen kaum zu erwarten. Die Nachbarstaaten — Frankreich und das europäische Rußland — arbeiten rastlos an der Vervollkommnung ihres Heerwesens und steigerten ihr jährliches Rekrutenkontingent auf 250,000 und auf 300,000 Mann, während in Deutschland die etatsmäßige Rekrutenzahl nur etwa 227,000 Mann betrage. Wenn wir uns der Nothwendigkeit nicht verschließen dürfen, daß zur Erhaltung der Schlagfertigkeit unseres Heeres organisatorische Maßnahmen getroffen werden müssen, bietet doch die gegenwärtige politische und militärische Lage die Möglichkeit, von dem System plötzlicher und erheblicher Heeresverstärkungen abzugehen u. statt dessen einen planmäßigen, ruhigen Ausbau ins Auge zu fassen. Der Gesetzentwurf behält zwar die Feststellung der Friedenspräsenzstärke auf einen fünfjährigen Zeitraum bei, aber vertheilt diese auf mehrere Jahre und unterstellt sie der jährlichen Bewilligung durch den Etat. Hinsichtlich der Dauer der aktiven Dienstzeit werden die Bestimmungen des Gesetzes vom 3. August 1893 aufrecht erhalten und soll bis auf Weiteres bei den Fußtruppen, der fahrenden Feldartillerie und dem Train nur 2 Jahre betragen. Dank dem unermüdbaren Eifer des Lehrpersonals und der bereitwilligen Gewährung von Mitteln für die Ausbildung der Truppen gelang es, trotz der verkürzten Dienstzeit die Anforderungen im Friedensdienste vorläufig zu erfüllen. Dies sei auch in Zukunft zu hoffen, wenn die beabsichtigten Verbesserungen verwirklicht werden. Ueber die Wirkung der verkürzten Dienstzeit auf die militärische Leistungsfähigkeit des Beurtheiltenstandes liegen derzeit keine ausreichenden Erfahrungen vor.

— Kiel, 4. November. Die Marineverwaltung stellt 3 B. Versuche an, die Raucherentwicklung der Kriegsschiffe möglichst zu vermindern, die sich auch bei den letzten Manö-